

Thesepapier zum Vortrag „Eurosistem und Staatsschulden“

Seit Jahrzehnten findet sich angeblich nicht genug Geld für Bildung, Infrastruktur und die sozialökologische Transformation. Der Sozialstaat sei in seiner jetzigen Form nicht mehr leistbar und die letzte Regierung zerbrach an den Haushaltslöcher, die sie nicht zu stopfen in der Lage war. Gleichzeitig zeigt der Verteidigungsetat, dass eben doch nach Jahrzehnten der angeblichen Geldknappheit nie dagewesene Summen innerhalb kürzester Zeit mobilisiert werden können. Wer verstehen will, warum dies auf einmal so möglich war und wer sich fragt, ob dann nicht auch eine andere Politik, welche die soziale und die ökologische Frage in den Mittelpunkt stellt, möglich sei, muss sich mit der Funktionsweise unseres Geldsystems auseinandersetzen.

Zunächst ist Geld ein Rechtskonstrukt und dient der Ressourcenallokation. Seinen Wert erhält das heutige Fiatgeld zum einen natürlich durch die Erwartungshaltung der Währungsnutzer:innen die jeweilige Währung gegen Güter eintauschen zu können. Zum anderen aber lässt der Staat den Währungsnutzer:innen auch keine andere Wahl als das Geld anzuerkennen. Das gelingt ihm, indem er in seiner jeweiligen Währung Steuern erhebt, die im Zweifelsfall durch einen Repressionsapparat durchgesetzt werden können.

Dieses Geld, das nun seinen Wert hat, muss aber auch irgendwie entstehen und in den privaten Sektor kommen. Dies geschieht durch Kredit. Vergibt eine Bank einen Kredit, erzeugt sie dafür das entsprechende notwendige Geld. Wird der Kredit zurückgezahlt, wird die entsprechende Geldmenge wieder vernichtet. Geldguthaben und Schulden lassen sich also als zwei Seiten einer Bilanz verstehen.

Dabei existiert Geld in verschiedenen voneinander getrennte Geldkreisläufen. Einer der Geldkreisläufe ist derjenige des Zentralbankgeldes (Bargeld und die Tatsache, dass die EZB mehrere nationale Filialen unterhält, werden hier der Einfachheit halber ignoriert). Das Zentralbankgeld lebt im IT-System der Zentralbank und ist nur den privaten Geschäftsbanken sowie der öffentlichen Hand zugänglich. Alle anderen Währungsnutzer haben ihr Konto bei einer Geschäftsbank. Diese Geschäftsbanken wiederum erzeugen ihr eigenes Geld: das Giralgeld. Die Geschäftsbank ist dabei verpflichtet 1% des Giralgeldes in Form von Zentralbankgeld bei der Zentralbank zu halten. Hält sie nicht genug Zentralbankgeld muss sie, um einen Kredit zu vergeben, ihrerseits einen Kredit bei der Zentralbank aufnehmen – dabei entsteht neues Zentralbankgeld. Bei der Tilgung des Kredites wird das Geld wieder vernichtet.

Etwas komplizierter verhält es sich, wenn sich der Staat verschuldet, Steuern einnimmt oder Geld ausgibt. Grundsätzlich kann sich der Staat durch Steuereinnahmen oder Verschuldung finanzieren. Da der Staat (gilt nur Bund und Länder, für Kommunen gilt dies nicht) ein Konto direkt bei der Zentralbank hat und die Steuerpflichtigen mit Giralgeld bezahlen, kommt es beim Prozess des Steuernzahlens zur Vernichtung von Giralgeld. Die Bank des Steuerpflichtigen vernichtet Giralgeld und überweist dem Staat

in der entsprechenden Menge Zentralbankgeld. Gibt der Staat das Geld wieder aus, entsteht neues Giralgeld. Die Menge des Zentralbankgeldes bleibt von diesen Prozessen unberührt. Allerdings gibt es seit der Eurokrise den Fall, dass die EZB den privaten Banken die Staatsanleihen mit eigens dafür erzeugtem Geld wieder abkauft. Über diesen Umweg wird dann doch Zentralbankgeld durch Staatsverschuldung erzeugt werden. Dieser Prozess wird als monetäre Staatsfinanzierung bezeichnet.

Die andere Möglichkeit ist die Schuldenaufnahme. Hierzu verkauft der Staat Anleihen. Diese werden von der sogenannten Bietergruppe Bundesemissionen gekauft. Da sich in der Bietergruppe Bundesemissionen nur ausgewählte Geschäftsbanken befinden, verfügen diese über ein Zentralbankkonto und können die Anleihen direkt in Zentralbankgeld bezahlen. Bei diesem Prozess verändert sich die Geldmenge nicht unmittelbar – freilich aber könnten Staatsanleihen von den Banken durch Kredite bei der Zentralbank bezahlt werden. Es gilt aber auch hier, dass, sobald der Staat das Geld ausgibt, neues Giralgeld entsteht.

Die Schuldenaufnahme wird durch Schuldenregeln begrenzt, die zuvor politisch festgelegt wurden. In Deutschland gilt für Bund und Länder eine strukturelle Neuverschuldung von 0,35% des BIP. Zusätzlich gibt es eine Konjunkturkomponente, welche bei schwächelnder Wirtschaftsleitung eine höhere Neuverschuldung erlaubt. In Krisenzeiten kann die Schuldenbremse auch ausgesetzt werden. Außerdem wurden immer wieder Sondervermögen eingesetzt, um die Schuldenbremse zu umgehen.

Welche nichtintendierten Folgen erhöhte Staatsausgaben haben, beispielsweise, wenn sie auf einen Ressourcenmangel treffen, hat dieses Thesenpapier nicht behandelt. Allerdings konnte deutlich werden, wieso das Argument, dass kein Geld da sei, auf der politischen Bühne grundsätzlich falsch ist, da Geld aus dem Nichts erzeugt wird und die Schuldenregeln, die ohnehin eine Selbstbeschränkung Kraft politischer Entscheidungen sind, in manchen Fällen durchaus umgangen werden können. Ob der Staat eine schwarze 0 einhalten sollte oder wieviel er Geld für Panzer oder KITAS ausgibt sind also grundsätzlich Fragen des politischen Willens. Die Spielräume zur Gestaltung der sozialökologischen Transformation sind damit vorhanden.